FES-Studie: mehr Prävention gegen extrem rechtes Denken dringend nötig

FES-Studie: mehr Prävention gegen extrem rechtes Denken dringend nötig

Zu den Ergebnissen der heute erschienenen FES-Studie "Die Mitte im Umbruch - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012" erklären die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus, Daniela Kolbe und der Sprecher der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus Sönke Rix:
Es ist alarmierend, dass unsere junge Generation in Ostdeutschland mit ihren rechtsextremen Einstellungen die Generation 60 plus überholt. Diese Entwicklung ist neu. Nunmehr lassen sich rechtsextreme Einstellungen nicht mehr entlang des Alters ablesen. Hier wächst also eine Generation heran, bei der sich in Teilen antidemokratische Einstellungen in besonderer Weise verfestigen. Sie überbietet alle bisherigen Gruppen in ihren rechtsextremen Einstellungen. Besonders für diese Generation brauchen wir eine stärkere Präventionsarbeit, damit sie ein demokratisches Miteinander erlernen.
Ein Jahr nach Bekanntwerden des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU bezeugt die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung eindringlich, dass der Sockel antidemokratischer Einstellungen in Deutschland nach wie vor hoch ist. Rechtsextremes Gedankengut ist also keinesfalls ein Phänomen am Rand oder wabert im Untergrund unseres Gemeinwesens. Rechtsextreme Einstellungen zeigen sich beispielsweise in chauvinistischen, antisemitischen oder sozialdarwinistischen Einstellungen.
Die Ergebnisse der FES-Studie sind ein Barometer für aktuelle antidemokratische Einstellungen und ein Alarmsignal für alle Demokratinnen und Demokraten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss daher endlich umdenken und die Präventionsarbeit gegen extrem rechtes Denken stärken. Schwarz-Gelb muss endlich Schluss machen mit der Gängelung der Aktiven gegen Rechts. Weg mit der Extremismusklausel, hin zu einer stärkeren Förderung der Präventionsarbeit gerade in Ostdeutschland. Das müssen die Lehren aus dieser Studie, aber auch den Taten des NSU sein.

SPD Bundesgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin
Telefon: 030 25991 0
Telefax: 030 28090-507
URL: http://www.spd.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=513695" width="1" height="1">

Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in EuropaGerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäische Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung.Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....